



Am liebsten zuhause alt werden «Dem Altstadtbild sollen alle miteinander Sorge tragen» **Risiken erfassen, einstufen und minimieren** «Mir ist sehr wichtig, dass das Lernen an erster Stelle steht» **Vor allem für die Kleinsten braucht es mehr Betreuungsplätze** **Im Viertelstundentakt zum Reiseziel Sportanlage Grünfeld: Lange Entwicklungsgeschichte, vorausschauende Planung** **Stellung nehmen zum Regierungsprogramm** **Mehr Schulklassen ab Schuljahr 2009/10** **Projekt Weihnachtsbeleuchtung wird fortgesetzt** **Studie zur biologischen Zeckenbekämpfung** **Eingewanderte Problempflanzen bekämpfen.**



Editorial

Am liebsten zuhause alt werden «Dem Altstadtbild sollen alle miteinander Sorge tragen»	4	Vor allem für die Kleinsten braucht es mehr Betreuungsplätze	15
Risiken erfassen, einstufen und minimieren «Mir ist sehr wichtig, dass das Lernen an erster Stelle steht»	7	Im Viertelstundentakt zum Reiseziel	18
	10	Sportanlage Grünfeld: Lange Entwicklungs- geschichte, vorausschauende Planung	20
	12	Kurzmeldungen	22
		Wichtige Termine/Impressum	24

Editorial

Liebe Rapperswil-Jonerinnen, liebe Rapperswil-Joner

Kürzlich musste ich mich an einem Vorabend zu einer Sitzung in die Altstadt begeben. Ein Auto stand mir nicht zur Verfügung, und das Velo im Stadthauskeller war offenbar bereits anderweitig im Einsatz. Nun gut, so nutzte ich also den öffentlichen Verkehr. Schliesslich stehen vier Züge und vier Stadtbusse pro Stunde für die Verbindung der beiden Zentren zur Verfügung – was faktisch einem 10-Minuten-Takt entspricht – ein bequemes Angebot.

Nach einer positiv verlaufenen Sitzung wollten wir uns noch zu einem Feierabend-Trunk zusammensetzen. Die Aussenwirtschaften auf dem Hauptplatz waren gut besetzt. Wir fanden Platz neben einer Familie mit zwei Kindern. Offensichtlich kamen sie aus der weiteren Region und hatten hier eingekauft. Die Kinder sprühten vor Energie und hatten bald die Buchstaben unten am Platz als Klettergeräte entdeckt. Die Eltern äusserten sich unüberhörbar positiv über die getätigten «Geschäfte», die erweiterten Ladenöffnungszeiten und das Ambiente in der Altstadt mit ihren Gassen und ihrer Lage am See.

Es war ein gutes Gefühl, das dieser Vorabend in mir auslöste, und zufrieden machte ich mich auf den Weg zum Bahnhof. Dort stieg ich in den Lenggiserbus. Ein Sitznachbar wies mich auf die stehenden Autokolonnen hin und bedauerte die Lenkerinnen und Lenker wegen ihrer unnütz vertanen Zeit.

Zwei Elemente dieser kleinen Geschichte finden Sie in diesem Magazin wieder: unseren öffentlichen Verkehr und unser Altstadtbild. Ich lade Sie ein, unser dichtes ÖV-Angebot zu nutzen. Gerade im Stadtverkehr lohnt sich die Fahrt mit dem eigenen Auto nicht. Und das unvergleichliche Ambiente der Altstadt zu erhalten muss unser aller Ziel sein – im eigenen Interesse, aber auch für unsere Gäste.

Ich wünsche Ihnen viele schöne Sommerabende in Rapperswil-Jona.

Benedikt Würth, Stadtpräsident

Die Bevölkerungsbefragung, welche die Stadt vergangenen November zum Thema «Wohnen in der zweiten Lebenshälfte» durchführte, stiess auf grosses Interesse. Eine erste Auswertung zeigt: Die Mehrheit der Teilnehmenden möchte im fortgeschrittenen Alter in den eigenen vier Wänden oder in einer Alterswohnung mit Serviceleistungen leben.

Das Thema «Wohnen in der zweiten Lebenshälfte» beschäftigt: 47 Prozent der rund 7560 verschickten Fragebogen kamen ausgefüllt zurück – eine Rücklaufquote, von der viele Meinungsforschungsinstitute nur träumen können. «Das zeigt, wie ernst die Bevölkerung diese Fragen nimmt», schliesst Hansjörg Goldener, stellvertretender Stadtschreiber, daraus. Und dies, obwohl die Reaktionen zunächst unterschiedlich ausgefallen seien, wie Stadträtin Rahel Würmli, Vorsteherin des Ressorts Gesundheit, Alter, zu verstehen gibt: Angeschrieben worden waren alle Einwohnerinnen und Einwohner ab 56 Jahren, da sei doch der eine oder andere der Jüngeren im ersten Moment etwas erschrocken, da für ihn solche Fragen noch weit weg schienen. Doch weil es der Stadt um eine längerfristige Planung der Betagtenbetreuung gehe, seien gerade auch die Wünsche und Vorstellungen der zukünftigen Seniorinnen und Senioren wichtig, sagt Rahel Würmli. Und die 3555 eingegangenen Fragebogen hätten sehr interessante und vereinzelt auch überraschende Resultate ergeben.

Grösster Rücklauf bei den 65- bis 79-Jährigen

Begründet wurde die Umfrage durch das Alterskonzept von November 2007, das als Massnahme im Bereich «Wohnen im Alter» eine solche Feldstudie vorsah. Mit Unterstützung des reputierten internationalen Marktforschungsunternehmens GfK wurde ein fünfseitiger Fragebogen zusammengestellt, der sechs Themenbereiche umfasste: Sozialdemografische Fragen (persönliche Angaben zu Geschlecht, Alter und Finanzen), die aktuelle Wohnsituation, die gewünschte Wohnsituation bei Pflegebedürftigkeit, besonders wichtige Aspekte des Wohnens und der Betreuung, gewünschte Service- und Dienstleistungen sowie die Bereitschaft zur Nutzung spezieller Wohnangebote.

Den grössten Rücklauf verzeichnet man seitens der 65- bis 79-Jährigen, etwas mehr als die Hälfte aller Angeschriebenen dieser Altersgruppe hat die Fragen beantwortet. Nur wenig geringer ist die Beteiligung der 56- bis 64-Jährigen, sie liegt bei 47 Prozent. Und immerhin noch 30 Prozent der über 80-Jährigen hat an der Umfrage teilgenommen – für Rahel Würmli eine sehr zufriedenstellende Zahl. Die Aufteilung nach Geschlecht entspricht mit 53 Prozent Frauen und 47 Prozent Männern in etwa den Anteilen der Geschlechter innerhalb der Bevölkerung. Auch dass der Anteil der Frauen bei den über 79-Jährigen deutlich höher liegt, spiegelt laut Rahel Würmli die Realität wider. «Damit haben wir eine sehr gute Grundlage für eine Zukunftsplanung», sagt die Stadträtin.

Auskünfte über Finanzen sprechen für Vertrauen

Ein wichtiger inhaltlicher Punkt betrifft die Fragen nach der finanziellen Situation der (zukünftigen) Renterinnen und Rentner. Dass diese Fragen von über 90 Prozent beantwortet wurden, wertet die Ressortvorsteherin als klares Zeichen für das Vertrauen, das die Befragten der Stadt entgegenbringen. Und die Antworten zeichnen ein deutliches Bild: Rund drei Viertel der Antwortenden geben an, nach der Pensionierung über 3000 bis 5000 Franken monatlich zu verfügen. Von den übrigen haben 37 Prozent ein Einkommen unter 3000 und 35 Prozent eines über 5000 Franken. Diese Zahlen nehme sie als Grössenordnung, erklärt Rahel Würmli. «Einerseits haben viele vielleicht nicht daran gedacht, dass sie irgendwann ihr Haus verkaufen und dadurch über zusätzliche finanzielle Mittel verfügen werden, andererseits weiss man gerade in der momentanen Wirtschaftssituation nicht, wie sich langfristig die Renten entwickeln.»

40 Prozent erachten Umzug als erforderlich

Was die aktuelle Wohnsituation betrifft, so leben heute 69 Prozent der Befragten zu zweit, wobei dies vor allem für die 64- bis 79-Jährigen gilt. 23 Prozent wohnen allein, allerdings vor allem Frauen: 608 gegenüber nur 197 Männern. Nur 8 Prozent leben in einem Mehrpersonenhaushalt, wobei Rahel Würmli vermutet, dass es sich dabei in erster Linie um die jüngeren Paare handelt, die noch Kinder zuhause haben. Von den 67 Prozent, die in einer Wohnung leben, sind 38 Prozent Eigentümer, bei den 26 Prozent, die in einem Einfamilienhaus wohnen, beträgt die Eigentümerquote 91 Prozent.

Aufschlussreich sind auch die Antworten auf die Frage: «Wenn Sie älter und nicht mehr so mobil oder pflegebedürftig sind, was müsste sich an Ihrer Wohnsituation ändern?» Möglich waren dabei mehrere Antworten. Fast die Hälfte gibt hier an, es müsste nichts geändert werden, weil die Wohnung oder das Haus wie auch der Zugang hindernisfrei seien. 40 Prozent erachten dagegen einen Umzug als erforderlich, auch die Benutzung von nicht mehr allen Zimmern oder einen Aus- oder Umbau sehen je etwa ein Fünftel als Option. «Dies sagt viel aus darüber, wie der Ausbau der Wohnungen eingeschätzt wird», lautet das Fazit der Stadträtin. Was ebenfalls klar zum Ausdruck kommt: Die wenigsten würden jemanden in Wohngemeinschaft bei sich einziehen lassen.



Im Falle eines Umzugs sind Alterswohnungen mit Serviceangeboten wie Wäschebesorgung, Einkauf oder Transporten mit Abstand die gefragteste Variante: 51 Prozent würden eine solche Lösung vorziehen. Nur halb so viele möchten in eine komfortable altersgerechte Wohnung ziehen, und 16 Prozent ziehen ein Alters- oder Pflegeheim in Betracht. Diese Zahl sei doch höher als erwartet, meint Rahel Würmli. «Ich kenne niemanden, der das so offen sagt.» Relevanz haben mit einem Anteil von 12 respektive 11 Prozent auch noch jene Antwortenden, die sich vorstellen können, mit Freunden oder Bekannten eine Wohngemeinschaft zu bilden oder in ein Generationenhaus oder eine Hausgemeinschaft zu ziehen.

Wichtig: Umfassendes Betreuungsangebot

Geht man die Liste der Punkte durch, auf welche die Befragten beim Wohnen im Alter besonderen Wert legen, so kristallisieren sich zwei zentrale Aussagen heraus: Sehr wichtig ist es den meisten, in Rapperswil-Jona bleiben zu können, am liebsten in der bisherigen Wohnung. Einem Quartierwechsel möchte man sich lieber nicht aussetzen. Als wichtig erachtet die Mehrheit zudem ein möglichst umfassendes Betreuungsangebot oder ein Wohnen mit Serviceleistungen und ebenso, dass Tag und Nacht jemand erreicht werden kann. Etwas weniger wichtig erscheint es den Teilnehmenden, Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungszentren sowie öffentliche Transportmittel in der Nähe zu wissen. Und weniger bis gar nicht wichtig ist ihnen die Möglichkeit zur Haltung von Kleintieren, was sie doch etwas erstaunt habe, wie Rahel Würmli erklärt.

Was die Servicedienstleistungen betrifft, so können sich 85 Prozent vorstellen, solche gegen Bezahlung kostendeckender Preise in Anspruch zu nehmen. Am ehesten Haushaltshilfe (71 Prozent), Wäschebesorgungen (52 Prozent) sowie den Mahlzeitendienst (50 Prozent). Wobei sich hier das klassische Rollenklischee bestätigt, wie Rahel Würmli schmunzelnd festhält. Denn namentlich für die Wäschebesorgungen und den Mahlzeitendienst interessierten sich deutlich mehr Männer als Frauen. Was Hansjörg Goldener zu der Bemerkung verleitet,

dass diese Verteilung bei kommenden Generationen vermutlich anders aussehen werde. Bedeutung misst man zudem den Transporten zu (40 Prozent), und vor allem die über 80-Jährigen schätzen den Coiffeur und die Fusspflege zuhause. Trotz der Möglichkeit solcher Dienstleistungen ziehen aber doch 63 Prozent der Teilnehmenden in Betracht, zusätzlichen neuen Wohnraum für ältere Menschen zu nutzen, eine Zahl, welche die Ressortvorsteherin jedoch mit Vorsicht genießt: «Das heisst nicht, dass wir nun für so viele Menschen neuen Wohnraum erstellen müssen, sondern lediglich, dass diese Antwortenden eine Nutzung nicht ausschliessen.»

Resultate auswerten und gewichten

Zu erörtern, was alle diese Zahlen für die langfristige Planung der Stadt bedeuten, ist die Aufgabe der neu gebildeten Projektgruppe, zusammengesetzt aus Vertretern der Stadt und von RaJoVita, der Stiftung für Gesundheit und Alter Rapperswil-Jona. «Wir müssen diese Auswertung nun gewichten und das weitere Vorgehen planen», sagt Rahel Würmli. In diesem Zusammenhang müssten die im Alterskonzept festgehaltenen Ziele und Massnahmen nochmals im Detail überprüft werden, fährt sie fort, denn die Ergebnisse der Umfrage müssten in dieses übergeordnete Papier einfließen. Ebenso gehe es darum, die Zuständigkeiten zwischen Stadt und RaJoVita bei der Umsetzung der Massnahmen zu regeln. Auch die weitere Zusammenarbeit mit der Stiftung Alterswohnungen sowie deren Aufgabe und künftige Ausrichtung seien Themen der Projektgruppe. Und man müsse sich überlegen, wie es mit dem Etzelblick weitergehe, mit jenen Wohnungen, die einst von der Stadt Rapperswil als günstiger Wohnraum für Rentnerinnen und Rentner gebaut wurden.

Text: Jacqueline Olivier



Werbeständer an jeder Ecke der Altstadt verträgen sich nicht mit einem gepflegten Stadtbild, ist der Stadtrat der Meinung. Trotz Widerstand des Gewerbes setzte er vor Kurzem die Entfernung dieser Tafeln durch. Wie Stadtrat Walter Domeisen festhält, setze man damit lediglich das von der Bevölkerung gutgeheissene Freiraumkonzept sowie das Altstadtschutzreglement um.

75 Werbeständer und 125 Warenauslagen allein entlang der Oberen und der Unteren Bahnhofstrasse, in zwei bis drei Altstadtgassen und auf dem Hauptplatz – dies sei schlicht des Guten zu viel gewesen, meint Walter Domeisen, der für das Ressort Bau, Verkehr, Umwelt zuständige Stadtrat: «Der Sinn von Werbetafeln wäre es, auf ein Geschäft aufmerksam zu machen. Bei einer solchen Dichte sieht man jedoch die einzelne Tafel nicht mehr, eine absurde Situation.» Doch das war es nicht, was den Stadtrat zum Handeln veranlasste. Grund zum Durchgreifen sah er vielmehr darin, dass solche Klappständer der Idee einer gepflegten Altstadt widersprächen und den öffentlichen Raum in Beschlag nähmen, sodass für Fussgänger immer weniger Platz bleibe, wie Walter Domeisen festhält. Darum hat der Stadtrat bereits Ende des vergangenen Jahrs beschlossen, mit diesem Wildwuchs aufzuräumen. Dabei stützte er sich auf das Altstadtschutzreglement von 1984, das eine Bewilligungspflicht für Reklamen vorsieht. «Wir haben also nichts aus der Luft gegriffen, sondern setzen lediglich die bestehenden Regelungen konsequent um.» Ausserdem steht die Stadt Rapperswil-Jona mit ihrem Ansinnen nicht alleine da: Für die Obere und die Untere Bahnhofstrasse als Kantonsstrassen gelten die kantonalen Reglemente, die laut Walter Domeisen wenig Spielraum für die Nutzung durch Private lassen.

Werbeständer Nein, Warenauslagen Ja

Im Klartext: Letzten November wurden sämtliche Gewerbetreibenden in der Altstadt und den angrenzenden Hauptstrassen von der Stadt darauf aufmerksam gemacht, dass sie für ihre Werbeständer und Warenauslagen eine Bewilligung einzuholen hätten. Was bei den Betroffenen eine heftige Protestwelle auslöste, die ihren Niederschlag in teils polemischen Zeitungsberichten fanden. Aufseiten der Stadt blieb man aber konsequent. Werbeständer würden nicht mehr toleriert, erklärt Walter Domeisen. Im ersten Quartal des Jahres wurden deshalb 60 Verfügungen ausgesprochen, in denen die Gewerbetreibenden zur Entfernung der Tafeln aufgefordert wurden. Dagegen gingen zwar einige Rekurse ein, doch auch die seien inzwischen erledigt, wie Walter Domeisen weiter ausführt.

Weniger rigoros geht die Stadt gegen die Warenauslagen vor. Bis auf das Gesuch eines Gewerbetreibenden seien hier alle Auslagen bewilligt worden. Und dieser eine Ladeninhaber habe einfach zu viel Platz in Anspruch genommen, weshalb man sich mit ihm nun auf die Nutzung einer bestimmten Fläche geeinigt habe. «Anders als im Falle der Werbeständer steht hinter einer Warenauslage eine persönliche Leistung des Ladenbesitzers oder -betreibers», begründet Walter Domeisen

diese Kulanz. Normalerweise würden die Auslagen auch mit grosser Sorgfalt und Kreativität gestaltet, fährt er fort, denn dass eine optisch ansprechende Auslage das Aushängeschild für ein Geschäft sei, erachteten die meisten Gewerbetreibenden als selbstverständlich. Umso weniger versteht der Ressortvorsteher die Aufregung um das Verbot von Werbeständern. Diese wirkten billig und könnten deshalb nicht im Sinne der «Gewerbler» sein. «Von der Qualität des Aussenraums schliesst der Passant automatisch auf die Qualität des Angebots eines Geschäfts. Werbetafeln beeinträchtigen diesen ersten Eindruck aus meiner Sicht negativ.»

1995: Klares Ja zu einem Freiraumkonzept

Immer wieder stossen die Bemühungen der Stadt zur Pflege des Stadtbildes auf Unverständnis oder Widerstand. Dabei habe die Rapperswiler Bevölkerung der Stadt schon an der Bürgerversammlung von Dezember 1995 den Auftrag erteilt, ein Freiraumkonzept zu erarbeiten, in dem gewisse Vorgaben zur Gestaltung des öffentlichen Raums festgehalten werden sollten, erzählt Walter Domeisen, damals Stadtpräsident von Rapperswil. In einem zweitägigen Workshop mit den Mitgliedern des Gewerbevereins Rapperswil und des «Einkaufsziels» habe man sich überlegt, wie man das Stadtzentrum gegenüber den umliegenden Einkaufszentren – namentlich dem Seedamm-Center Pfäffikon – positionieren könne. «Damals kamen wir zum Schluss, dass es vor allem die folgenden zwei Punkte sind, die unsere Altstadt auszeichnen: Sie verspricht Einkaufsvergnügen unter freiem Himmel, und die Kulisse ist zu hundert Prozent echt.» Gerade dieser Kulisse sollte man mit einer umsichtigen Gestaltung des Freiraums Sorge tragen, sei damals der klare Tenor gewesen. Eine der ersten und markantesten Folgen jener Diskussionen war die Befreiung der Altstadt, des Seequais und des Fischmarktplatzes vom Autoverkehr respektive die Aufhebung der Parkplätze in diesem Raum. «Damit ist ein 20-jähriger Kampf zu Ende gegangen», sagt Walter Domeisen, «heute wünscht sich niemand mehr den alten Zustand zurück.»

Bereits viele Massnahmen umgesetzt

In einem zweiten Schritt schrieb die Stadt einen Projektwettbewerb für den Entwurf eines Freiraumkonzepts aus, der von der Raderschall Landschaftsarchitekten AG aus Meilen gewonnen wurde. Viele der in diesem Konzept vorgeschlagenen Massnahmen wurden seither umgesetzt. Zu den wichtigsten respektive offensichtlichsten zählen die Buchstaben auf dem Hauptplatz (1998), die Neugestaltung der Marktgasse im Jahr

2000, die Neugestaltung des Seequais (2003/04), die Lichtinstallation auf dem Curtiplatz oder die Abfallstellen «Rappi-Wal» (beide 2004). Gleichzeitig stellte die Stadt auch gewisse Anforderungen an die Gewerbetreibenden. In Strassencafés und -restaurants beispielsweise dürfen schon seit über zehn Jahren keine Plastikstühle und -tische und keine Sonnenschirme mit Werbeaufdrucken mehr aufgestellt werden, vielmehr müssen die Sonnenschirme aus Stoff und in dezenter Farbe sein. Auch als diese Regelung eingeführt wurde, reklamierten Betroffene, schüttelten Einwohnerinnen und Einwohner den Kopf. Heute sei diese Massnahme kein Thema mehr, stellt Walter Domeisen fest. «Ich bin heilfroh, dass wir diesen Anspruch bis heute konsequent durchgezogen haben.»

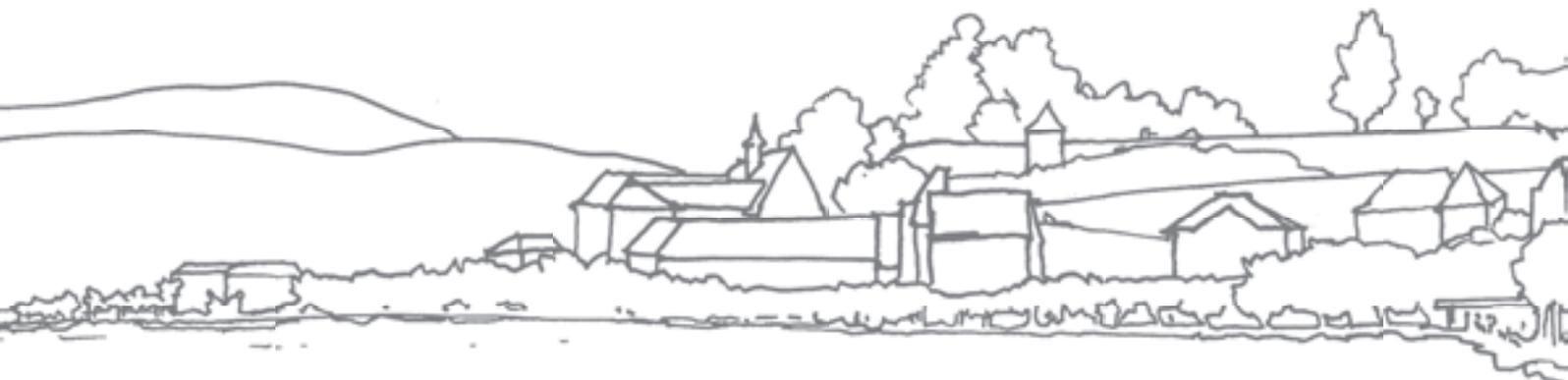
Restriktive Haltung nach wie vor richtig

Und nun geht es also um die Werbeständer, und auch in dieser Angelegenheit bezeichnen viele Betroffene den Stadtrat als pingelig oder empfinden sein Vorgehen als Schikane. Doch für den Stadtrat ist klar: «Der öffentliche Raum gehört allen. Wenn jemand auf diesem Boden etwas aufstellt, nimmt er anderen Platz weg. Wir müssen bei der Erteilung von Bewilligungen das öffentliche Interesse abwägen und dabei die übergeordneten Interessen über die Einzelinteressen stellen.» «Soigner les details» (aufs Detail achten) sei für die Qualität eines Stadtbildes ganz wichtig, erklärt Walter Domeisen weiter. In der Folge der Vereinigung habe man bei der Revision bestehender Reglemente und Verordnungen festgestellt, dass in Bezug auf die Pflege des Stadtbildes eine restriktive Haltung der Stadt nach wie vor angebracht sei. Dass man unter dieser Sichtweise immer wieder auch unliebsame Aktionen durchführen müsse, lasse sich deshalb nicht vermeiden. «Es geht jedoch bestimmt allen am besten, wenn wir alle miteinander dem Stadtbild Sorge tragen.»

Text: Jacqueline Olivier

Für Reklamen an Kantonsstrassen ist die Kantonspolizei zuständig

Das Aufstellen einer Reklame entlang einer Kantonsstrasse, bedarf einer Bewilligung der Kantonspolizei, Abteilung Verkehrstechnik. Steht die Reklame innerhalb eines Strassenabstands von vier Metern, ist zusätzlich eine strassenpolizeiliche Ausnahmegewilligung erforderlich, die in einem koordinierten Verfahren der Kantonspolizei beim kantonalen Strasseninspektorat einzuholen ist. Gemäss Auskunft des Rechtsdiensts des kantonalen Tiefbauamts wird bezüglich einer Bewilligung für die private Nutzung einer Strassenfläche – zu der auch das Trottoir zählt – generell grösste Zurückhaltung geübt. (jo)



«Wir wollen kein Museum»

«Völlig daneben» findet Felix Elsener die jüngste «Säuberungsaktion» der Stadt. Dabei stand der Präsident des «Einkaufsziels Rapperswil-Jona» dem Anliegen von Stadtrat Walter Domeisen zu Beginn noch offen gegenüber. Denn aufgrund des ersten Briefs an die Gewerbetreibenden sei noch kein umfassendes Verbot für Werbeständer vorauszusehen gewesen, vielmehr sei aus diesem Schreiben hervorgegangen, ein V-Ständer pro Geschäft würde bewilligt werden. Dass gewisse Geschäfte bis zu fünf Ständer vor ihrer Tür stehen hatten, fand auch Felix Elsener übertrieben. Doch nun plötzlich das Aus für alle Werbeständer, das könne er nicht nachvollziehen. «Wir haben ein Leben in der Altstadt, das wollen wir zeigen.» Die V-Ständer fallen für ihn nicht unter den Begriff der Reklame, die gemäss Altstadtschutzreglement bewilligungspflichtig ist. «Ein V-Ständer ist eine Information, zum Beispiel darüber, ob ein Geschäft geöffnet ist oder nicht. Zudem ist es auch keine fixe Installation, sondern wird jeden Abend entfernt.» Ob ein solcher Ständer nun das Strassenbild störe oder nicht, sei Ermessenssache und hänge von der individuellen Wahrnehmung ab. Für viele Geschäfte sei er aber wichtig, damit sie von Passanten überhaupt bemerkt würden. «Ich kenne einige Ladenbetreiber, denen dieses Verbot schwer zu schaffen macht und die nun mit Existenzängsten kämpfen.» Gewerbetreibende müssten mit jedem Fünfer rechnen, da falle jeder Passant, der einen Laden übersehe oder nicht hingehe in der Annahme, er sei nicht geöffnet, ins Gewicht.

Besonders enttäuscht ist Felix Elsener, dass bisher keine Gespräche mit dem Gesamtstadtrat möglich gewesen seien. Unfair findet er zudem, dass jene Geschäfte, die über ein Stück privaten Bodens vor der Türe verfügten, nun einen klaren Wettbewerbsvorteil gegenüber der grossen Mehrheit jener ohne privaten Grund erhalten hätten. Der Präsident des «Einkaufsziels» gibt sich deshalb noch nicht geschlagen. «Wir müssen eine für alle Seiten akzeptable Lösung finden. Denn wir in der Altstadt wollen kein Museum, wir müssen von unseren Geschäften leben.» (jo)



Fehlerhafte Arbeitsabläufe, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen oder Lücken in der Kontrolle können manchmal verheerende Folgen haben. Die Stadt Rapperswil-Jona will solchen Risiken nun systematisch vorbeugen. Eine umfassende Risikoanalyse ist der erste Schritt zum Ziel: dem Aufbau eines internen Kontrollsystems und der Optimierung des heutigen Qualitätsmanagements.

Wozu grössere Wirtschaftsbetriebe schon seit dem 1. Januar 2008 gesetzlich verpflichtet sind, dies schreibt das neue Gemeindegesetz des Kantons St. Gallen nun auch den Gemeinden vor: Sie müssen ein «angemessenes» internes Kontrollsystem (IKS) einführen, um eine korrekte Geschäfts- und Rechnungsführung zu gewährleisten. In einem IKS werden Massnahmen zur Reduktion möglicher Risiken, die finanzielle Folgen haben können, festgelegt. Dazu muss man diese Risiken aber erst kennen. Rapperswil-Jona geht deshalb noch einen Schritt weiter und nimmt als Erstes eine umfassende Risikoanalyse vor. Diese wird vom Gesetz zwar nicht verlangt, sei aber sinnvoll, erklärt Stadtpräsident Benedikt Würth. Überhaupt habe man sich in Rapperswil-Jona bereits länger mit dem Thema befasst und nicht erst auf das Gesetz gewartet. «Wir haben schon im Zuge der Vereinigung gesehen, dass diese Aufgabe auf uns zukommt, denn angesichts der Grösse der neuen Stadt ist ein internes Kontrollsystem unerlässlich. Allerdings wollten wir dies mit vernünftigem Aufwand pragmatisch angehen.»

Risikoanalyse über alle Ressorts hinweg

Anfang Jahr wurde die Arbeit für die Risikoanalyse aufgenommen. Die Fäden in der Hand hält Projektleiter Christoph Bartholet, stellvertretender Leiter der Finanzverwaltung. Als externe Experten hat die Stadt ein Projektteam der international tätigen Kessler Consulting AG aus Zürich beigezogen. Da die Risikoanalyse alle Ressorts der Stadtverwaltung umfassen soll, wurde das Kader frühzeitig einbezogen und anlässlich einer Informationsveranstaltung im März in das Thema eingeführt. In einer ersten Phase ging es sodann darum, den Begriff des Risikos zu definieren, relevante Unterlagen zu sammeln und zu sichten, wenn nötig Gebäude zu besichtigen oder bestimmten Aktivitäten beizuwohnen und verschiedene Risikokategorien zu erarbeiten. Inzwischen befindet man sich in der zweiten Phase, in der innerhalb der Abteilungen mehrere Arbeitssitzungen stattfinden mit dem Ziel, mögliche Risiken zu erfassen und zu bewerten. Denn, so Benedikt Würths Credo: «Der Input und das Wissen liegt bei unseren Mitarbeitenden.»

Kernrisiken definieren, Massnahmen bestimmen

Nicht gegen jedes Risiko wird die Stadt in der Folge Massnahmen ergreifen. «Wir müssen das Ganze von der praktischen Seite betrachten», sagt Benedikt Würth, «allen Risiken mit einem kostspieligen Massnahmenpaket entgegenzutreten zu wollen, wäre schlicht nicht machbar.» Bei Risiken etwa, die zwar grossen Schaden verursachen würden, deren Wahrrscheinlich-

keit jedoch minimal sei, müsse man genau abwägen, ob und welche Massnahmen lohnenswert seien, so der Stadtpräsident weiter. Zu solchen Risiken zählt er beispielsweise Fälle von höherer Gewalt wie etwa Naturkatastrophen, in denen auch Versicherungen keine Entschädigung leisten – für die Stadt Rapperswil-Jona ein wichtiger Gradmesser für das eigene Risikomanagement. Darum wird die Stadt nach erfolgter Analyse und dem Erstellen eines Risikokatalogs ein Risikoprofil erstellen, in dem die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis eintreten könnte, und das voraussichtliche Ausmass des Schadens einander gegenübergestellt werden. «Grundsätzlich lässt sich sagen: Je höher die Wahrscheinlichkeit und je höher der zu erwartende Schaden, desto grösser ist der Handlungsbedarf», hält Benedikt Würth fest. Solche Risiken werden als sogenannte Kernrisiken eingestuft werden, gegen sie wird man im Rahmen des Risikomanagements in erster Linie Massnahmen ergreifen müssen (siehe Grafik «Bewältigung der Risiken»).

Resultate müssen in den Alltag einfließen

Der gesamte Prozess sei für die Beteiligten in erster Linie eine Auseinandersetzung mit der eigenen Aufgabenerfüllung und deren Auswirkung auf das weitere Umfeld, fährt der Stadtpräsident fort. Das Resultat werde man anschliessend einfließen lassen in das Interne Kontrollsystem, das Qualitätsmanagement und das allgemeine Risikomanagement, wobei die Schnittstellen genau angeschaut werden müssten, weil sich die drei Systeme zum Teil überlappten. Vor allem aber müssten die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen in den Alltag einfließen, denn wie Benedikt Würth betont: «Papiere, die irgendwo abgelegt werden, nützen wenig.» Natürlich müsse man heute nicht bei null anfangen, führt er weiter aus. Insbesondere, was das Qualitätsmanagement betrifft, in dessen Rahmen sämtliche Abläufe innerhalb der Verwaltung in Form von Flussdiagrammen oder Workflows dargestellt und regelmässig überprüft und hinterfragt werden, ist laut dem Stadtpräsidenten sehr vieles schon vorhanden. «Bezüglich Qualitätsmanagement haben wir bei der Vereinigung die Grundlagen dafür geschaffen, dass eine spätere Zertifizierung möglich wäre.» So seien etwa Arbeitsabläufe und Stellenbeschreibungen grundsätzlich neu definiert worden. Hier diene die Risikoanalyse vor allem dem Schliessen allfälliger Lücken. «Die Zertifizierung ist für mich keine Notwendigkeit, aber das dafür notwendige Niveau wollen wir auf jeden Fall erreichen.»

Ein dynamischer Prozess

Das Projekt soll aber nicht nur das Schadensrisiko reduzieren, sondern auch mögliches Potenzial aufzeigen, wie Projektleiter Christoph Bartholet meint. «Das Personalmanagement zum Beispiel ist ein wichtiges Thema des Risikomanagements. Wenn wir hier eine noch klarere Strategie fahren, können sich daraus durchaus Chancen für die Mitarbeitenden und die ganze Verwaltung ergeben.» Wobei man sich natürlich zu keiner Zeit auf einmal Festgelegtem ausruhen dürfe. Benedikt Würth schwebt ein jährlicher Bericht vor, in dem der aktuelle Stand der verschiedenen Kontrollsysteme beleuchtet und allfälliger Anpassungsbedarf aufgezeigt wird. «Solche Systeme sind ein dynamischer Prozess», gibt er zu bedenken, «denn die Risiken ändern sich im Laufe der Zeit. War Feuer noch vor wenigen Jahrzehnten ein enormes Risiko, so ist dieses heute dank der umfassenden Präventionsmassnahmen und der modernen Technik viel geringer.» Trotzdem könne Feuer auch heute noch ausbrechen, so wie ganz generell aller Vorkehrungen zum Trotz stets ein gewisses Restrisiko bestehen bleibe. «Wir können aber versuchen, es so klein wie möglich zu halten.»

Text: Jacqueline Olivier

Die wichtigsten Begriffe

Risikomanagement ist der Führungsprozess zur Bewältigung der in einer Unternehmung entstehenden Risiken.

Das Ziel der **Risikoanalyse** ist die ganzheitliche Identifikation, die Analyse, Bewertung und Priorisierung wesentlicher «übergeordneter» Risiken, die sich aus den Aufgabenbereichen der politischen Gemeinde ergeben können.

Unter einem **Internen Kontrollsystem (IKS)** versteht man die Gesamtheit der internen Kontroll-Massnahmen, die dazu beitragen, dass die Aufgaben der Gemeinde effektiv und effizient erfüllt werden, indem Prozesse sicher ablaufen und damit Fehler (absichtliche oder unabsichtliche) verhindert beziehungsweise reduziert werden. Das IKS trägt dazu bei, finanzielle Verluste zu vermeiden, gesetzliche Vorschriften und politische Vorgaben einzuhalten sowie zielgerichtetes und effizientes Handeln zu fördern.

Mit dem **Qualitätsmanagement** werden Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen klar geregelt. Die wichtigsten Arbeitsprozesse in den einzelnen Abteilungen werden beschrieben und fördern damit die Transparenz, Effizienz und insbesondere die Qualität. Die Stellvertretungen werden klar geregelt.



Seit Kurzem verfügt die Schule Rapperswil-Jona über ein sogenanntes Dachleitbild. Daniel Schweingruber, Leiter Pädagogik und Schulentwicklung, erklärt im Interview, warum es dieses Dachleitbild braucht und was die vier Kernbegriffe Lernen, Integrieren, Entwickeln und Kooperieren in der Praxis bedeuten.



Herr Schweingruber, heute hat jede der 15 Schuleinheiten in Rapperswil-Jona ein Leitbild – warum braucht es nun noch ein Dachleitbild?

Die Schule Rapperswil-Jona als umfassende Organisation existiert erst seit der Vereinigung, also seit etwas mehr als zwei Jahren. Den Anstoss für das Dachleitbild gab im Wesentlichen der Schulrat, der nun für die vereinigte Schule mit rund 2800 Schülerinnen und Schülern zuständig ist. Es ging darum, einige Grundwerte festzulegen, die für alle gelten sollen – eine Art Leitstern, übergeordnet über die Leitbilder der einzelnen Schuleinheiten. Ein Leitstern nicht nur in Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung, sondern auch in Bezug auf die Laufzeit: Während die Schulhaus-Leitbilder periodisch den raschen Wechseln, welche die Schule prägen, angepasst werden müssen, befindet sich das Dachleitbild auf einer höheren Ebene der Abstraktion und soll langfristig die Entwicklungsrichtung der Schulen vorgeben.

Das Dachleitbild macht also die Leitbilder der einzelnen Schuleinheiten nicht überflüssig?

Nein, keineswegs. Die Teilautonomie der Schulen ist ein wichtiger Punkt, und auch was die ideellen Richtlinien betrifft, soll eine gewisse Teilautonomie gelebt werden können. Wir wollen, dass sich die Schulen selber gewisse Schwerpunkte setzen und sich im Sinne der Profilbildung selber positionieren. Darum braucht es die Schulhaus-Leitbilder. Sie dürfen jedoch keine Aussagen enthalten, die zum Dachleitbild im Widerspruch stehen.

Welches sind denn die Hauptaussagen des Dachleitbilds?

Wir haben das Dachleitbild nach vier Stichworten gegliedert: lernen, integrieren, entwickeln und kooperieren. In diesen vier Hauptaussagen lässt sich für mich das Ganze gut zusammenfassen. Mir persönlich ist sehr wichtig, dass das Lernen an erster Stelle steht. Die Schule ist ein Ort des Lernens. Dies ist das Kerngeschäft – für die Kinder ebenso wie für die Lehrpersonen. Und zwar das Lernen in den drei Bereichen Fachkompetenz, Selbstkompetenz und Sozialkompetenz. Ausserdem geht es um anspruchsvolles Lernen im Hinblick auf hohe Ziele. Dies haben wir unter diesem ersten Stichwort festgehalten.

Das zweite Stichwort heisst «integrieren» – hier denkt man in erster Linie an Kinder aus anderen Kulturen. Ist längerfristig auch die Integration von behinderten Kindern vorgesehen, wie es momentan im Kanton Zürich versucht wird?

Vom Kanton St. Gallen wird derzeit ein neues Konzept für die Sonderschulung von Kindern mit einer Behinderung ausgearbeitet. Hintergrund dafür ist der neue Finanzausgleich, der die Zuständigkeit für die Organisation und die Finanzierung der Sonderschulung den Kantonen überträgt. Persönlich gehe ich nicht davon aus, dass man ausnahmslos alle Kinder integrieren wird, sondern dass man im Einzelfall genau abklärt, ob eine integrierte Sonderschulung möglich wäre. Mit einer körperlichen Behinderung beispielsweise kann man durchaus die Volksschule besuchen. Auch Kinder mit einer geistigen Behinderung können allenfalls in der Volksschule integriert werden, wobei man dann genau prüfen muss, wie man dieses Kind fördern kann. Eine grosse Problematik hingegen sehe ich bei den stark verhaltensauffälligen Kindern.

Der Begriff Integration ist heute in aller Munde, und doch versteht jeder etwas anderes darunter. Was bedeutet er für Sie?

Meiner Meinung nach ist Integration vor allem ein Alltags-thema. Es geht nicht nur um die Integration von Kindern aus anderen Kulturen oder mit Behinderungen, sondern auch darum, dass unsere Kultur in der Schweiz an sich schon sehr heterogen ist: Es gibt Kinder aus behüteten, traditionellen Familien und solche, die in weniger stabilen Verhältnissen leben. Dann gibt es Kinder mit sehr gutem schulischen Potenzial und solche, die grosse Mühe haben, mit den Klassenlernzielen mitzuhalten. Für mich ist das Thema Integration in der Schule deshalb ein so wichtiges Thema, weil unsere Gesellschaft aus so unterschiedlichen Menschen besteht. Und es ist eine ganz zentrale Aufgabe der Schule, möglichst alle diese unterschiedlichen Kinder mitzunehmen.

Kommen wir zum dritten Stichwort: entwickeln. Worum geht es hier konkret?

In erster Linie geht es hier um ein Bekenntnis, dass sich die Welt verändert und sich damit auch die Anforderungen an die Schulen verändern. Wir haben ein breit akzeptiertes Qualitätsentwicklungskonzept, das seit diesem Schuljahr in Erprobung ist, und sind überzeugt, dass wir damit auf einem guten Weg sind, damit die Schulen immer «up to date» sind – sowohl pädagogisch als auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Anforderungen.

Was beinhaltet dieses Qualitätskonzept?

Wir möchten keine Qualitätsentwicklung, in der die Themen einseitig von oben verordnet werden. Vielmehr sollen die Teams und die Schulleitungen innerhalb eines definierten Rahmens selbst bestimmen, in welche Themen sie Zeit und Energie investieren. Sie sind nah am Geschehen und wissen, welches Thema für ihre Schuleinheit wichtig ist, wo sie gut unterwegs sind und wo sie nicht so gut unterwegs sind. Den inhaltlichen Rahmen steckt das Dachleitbild ab. Die Qualitätsentwicklung haben wir mehr auf einer formalen Ebene definiert. Wir wollen beispielsweise, dass jede Schuleinheit ein mehrjähriges Schulprogramm mit Schwerpunkten erarbeitet. Auch wollen wir, dass der Schulrat periodisch jede Schule besucht und vor Ort die Schulprogramme und ihre Umsetzung prüft. Wir nennen das Qualitätstag, das ist zwar keine besonders originelle Bezeichnung, aber sie ist doch zutreffend.

Wie spielt sich ein solcher Tag ab?

Der Schulpräsident, das für diese Schule zuständige Schulratsmitglied und ich besuchen die Schuleinheiten und erleben einen ganzen Vormittag mit, also vier bis fünf Lektionen. Wir beobachten den Unterricht anhand eines Rasters mit verschiedenen Merkmalen und geben dem Schulteam schliesslich unser Feedback. Mit diesen Schulbesuchen haben wir letzten Sommer begonnen. Sie sind relativ aufwendig. Wir haben inzwischen vier oder fünf Schulen besucht, wie ich finde, mit positivem Resultat: Wir erhalten einen sehr guten Einblick, die Lehrpersonen fühlen sich durch unsere Arbeit ernst genommen und es entsteht ein kritischer Dialog. Ergänzend zu unseren eigenen Schulbesuchen hat der Kanton zudem eine Fachstelle für externe Schulevaluation eingerichtet, die voraussichtlich alle Schulen im Kanton in einem bestimmten Turnus evaluieren wird. Im Moment befindet sich diese externe Schulevaluation aber noch in der Erprobungsphase.

Und was wird von dieser Fachstelle evaluiert und wie?

Hier geht es zentral um die Unterrichtsqualität, aber auch um Themen wie Atmosphäre in der Schule, Austausch zwischen den Lehrpersonen, Funktionieren der Schulleitung gegen aussen

und gegen innen, Elternmitwirkung, stufenübergreifende Projektarbeit im Rahmen der Integrationsarbeit und so weiter. Eine Gruppe von Fachleuten besucht die Schule, beobachtet einzelne Lektionen, befragt mittels Fragebogen alle Eltern, Kinder, Lehrpersonen und Schulbehörden. So kommen tausende von Daten zusammen. Die werden ausgewertet, und in einem differenzierten Schlussbericht werden Feststellungen, Rückschlüsse und Empfehlungen formuliert. Für die Schulen ist dies eine Standortbestimmung aus wissenschaftlicher Warte, während unsere Schulbesuche mehr als Begleitungsprozess und als Abstimmung zwischen Schulrat und Schuleinheiten zu sehen sind.

Der vierte und letzte Punkt des Dachleitbilds betrifft die Kooperation. Hier heisst es unter anderem, die Eltern seien zur Mitwirkung aufgefordert. Wie soll diese Mitwirkung aussehen?

Die Mitwirkung der Eltern braucht es auf mehreren Ebenen: Erstens auf der Ebene des einzelnen Kindes. Auf dieser Ebene sind die Eltern aufgrund des Volksschulgesetzes zur Mitwirkung verpflichtet. Es können sogar Bussen verhängt werden für Eltern, die beispielsweise nicht dafür sorgen, dass ihr Kind rechtzeitig, ernährt und anständig gekleidet in der Schule erscheint. Zweitens auf der Ebene der Klasse. Hier beruht die Mitarbeit schon mehr auf Freiwilligkeit. An einem Elternabend beispielsweise muss man nicht teilnehmen. Und drittens auf der Ebene der Schule: Auf dieser Ebene hat der Schulrat jetzt neu Vorgaben für die Elternmitwirkung installiert. Die Schulen sollen Formen dafür finden, wie die Eltern verstärkt mitwirken können, etwa in Form von Elternforen oder Elternräten.

In diesem Kapitel wird auch betont, dass die Qualität einer Schule wesentlich durch das Engagement und die Professionalität der Lehrpersonen bestimmt werde und der Schulrat darum besonderen Wert auf Personalentscheide und gute Arbeitsbedingungen lege. Worauf wird hier konkret angesprochen?

Dies ist sicher ein zentraler Punkt, denn die Schule steht und fällt mit den guten Lehrpersonen. Qualität wird letztlich in der Schulstube gemacht, eins zu eins, jeden Tag. Darum wird eine Lehrperson nicht einfach vom Schreibtisch aus ausgewählt, sondern es kommt ein umfangreiches Verfahren zur Anwendung, an dem sowohl der Schulpräsident und die Personalleiterin als auch die Schulleitung beteiligt sind. Denn eine Lehrperson muss nicht nur fachlich qualifiziert sein, sie muss auch ins Team passen. Rapperswil-Jona ist in der vorteilhaften Situation, dass auf Stellenausschreibungen hin in der Regel doch etliche Bewerbungen eingehen und man auswählen kann.

Und was sind gute Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen und wie weit kann die Gemeinde diese Bedingungen überhaupt selber festlegen?

Rapperswil-Jona ist sicher grosszügig, was die Weiterbildung betrifft. Wir haben ein offenes Ohr für die Weiterentwicklungswünsche der Lehrpersonen. Das heisst, es ist für eine Lehrperson interessant, längerfristig in Rapperswil-Jona zu arbeiten. In diesem Punkt hat die Gemeinde einen gewissen Spielraum. Die Stadt Rapperswil-Jona zahlt auch die volle Nichtbetriebsunfallversicherung für ihre Mitarbeitenden, das ist nicht selbstverständlich. Bei den Löhnen hingegen gibt der Kanton vor, wer wie viel verdient.

Ein Leitbild ist eine Definition bestimmter Werte und Ziele.

Um diese umzusetzen, braucht es entsprechende Massnahmen in Form von Reglementen, Verordnungen, Weisungen – müssen nun aufgrund des Dachleitbilds gewisse neue Papiere erarbeitet werden?

Sehr vieles ist bereits vorhanden. Qualitätsentwicklung zum Beispiel fängt nicht bei null an, bei Weitem nicht. Die Schulen von Rapperswil-Jona, das können wir jetzt aufgrund unserer ersten Schulbesuche sagen, sind auf einem guten Stand. Ein paar neue Papiere und Konzepte hat es gebraucht. Die haben wir inzwischen erstellt: Ich habe das Qualitätskonzept erwähnt, ausserdem wurde ein umfangreiches Förderkonzept erarbeitet. Dieses berücksichtigt sowohl die Kinder, die im Unterricht nicht mitkommen, als auch jene, die deutlich über dem Durchschnitt liegen, also die höher oder Hochbegabten. Diese Konzepte sind jetzt in der Erprobungsphase.

Neben dem zentralen Dachleitbild gibt es also noch diverse Konzepte und Regelungen – wo bleibt hier noch Gestaltungsfreiraum für die Schulen und letztlich für die einzelne Lehrperson?

Die Richtungsbestimmung erfolgt zwar zentral, die Umsetzung überlassen wir aber soweit wie möglich den Schulen. Das heisst, die Ziele sind übergeordnet, der Weg dorthin liegt bei den Schuleinheiten. Ein solches Ziel lautet zum Beispiel: Die Kinder sollen so gefördert werden, dass jedes dort abgeholt wird, wo es steht. Dieses Ziel ist klar und alle wollen es erreichen, aber die Wege dorthin sind für die Lehrpersonen und die Schuleinheiten unterschiedlich.

Zum Schluss noch ein Blick nach vorne – wo sehen Sie in den kommenden Jahren die grössten Herausforderungen für die Schulen?

Als Erstes muss die Schule die Fähigkeit beibehalten und weiterentwickeln, mit der Gesellschaft Schritt zu halten. Das heisst nicht, jedem Trend gleich etwas Bewährtes zu opfern, aber sich doch in den grossen Linien als integralen Bestandteil der Gesellschaft zu verstehen, der ganz zentrale Beiträge leisten muss, damit diese Gesellschaft überhaupt funktioniert. Dies braucht ein dauerndes sich Hinterfragen, Anpassen und Weitergehen. Und als zweite grosse Herausforderung sehe ich die Aufgabe, die Vielfalt der Kinder, ihrer Lernvoraussetzungen, ihrer Kulturen aufzufangen.

Dies entspricht nicht unbedingt der Tradition der Schule ...

Nein, die Schule kommt eher aus einer Tradition, in der man alle gleich behandelt – «Gleiches für die Gleichen» – und bewegt sich heute in eine Richtung, in der man feststellt, dass die Kinder so unterschiedlich sind, dass sie auch an unterschiedlichen Punkten und auf unterschiedliche Arten abgeholt werden müssen. Und dass sie vielleicht auch unterschiedliche Ziele erreichen müssen – und nicht alle gleich schnell. Dies ist eine Riesenherausforderung.

Ist das überhaupt grenzenlos machbar oder sehen Sie Grenzen für diese individuelle Förderung?

Das ist sicher nicht grenzenlos machbar, und ich fände es auch nicht grenzenlos sinnvoll. Denn die Schule muss eigentlich die Balance halten zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite muss die Schule integrierend wirken, also gemeinsame Werte vermitteln und durchsetzen – zum Beispiel auf disziplinarischer Ebene oder im Umgang miteinander. Auf der andern Seite muss sie der Vielfalt der Kinder gerecht werden, denn man weiss, Kinder lernen dort am besten, wo sie etwas verstehen, wo sie motiviert sind. Dieser Spagat ist eine weitere – und vielleicht die allergrösste – Herausforderung.

Interview: Jacqueline Olivier

Vor rund einem halben Jahr hat der neue Fachdienst Ergänzende Kinderbetreuung der Stadt seine Arbeit aufgenommen. Er wirkt als Koordinationsstelle für die privaten Anbieter sowie als Informationsstelle für die Eltern.

Eine Bedarfsanalyse im Bereich der Kinderbetreuung zu erstellen sei kein leichtes Unterfangen, gibt Claudia Taverna zu verstehen. «Es wird oft mehr Bedarf angemeldet, als schliesslich Plätze in Anspruch genommen werden», sagt die Leiterin des noch jungen Fachdienstes Ergänzende Kinderbetreuung. Im Oktober 2008 hat sie ihre Arbeit in einem 30-Prozent-Pensum aufgenommen. Die Bedarfsanalyse gehört zu ihrem Auftrag. «Je nachdem, ob man sich nur auf Wartelisten stützt, die Anzahl Plätze auf die Anzahl Kinder hochrechnet oder andere Methoden anwendet, misst sich der Bedarf immer wieder etwas anders», stellt die Fachdienstleiterin fest. Schon heute kann sie jedoch ein erstes Fazit ziehen: «In Rapperswil-Jona stehen zu wenig Plätze zur Verfügung, die Wartelisten sind voll, allein in den letzten drei Monaten hatte ich über zehn Anfragen von Eltern.» An Plätzen fehlt es vor allem für die Allerjüngsten – für die Babys. Zusätzliche Plätze bereitzustellen ist jedoch nicht Aufgabe der Stadt – das neue Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung sieht die Verantwortung dafür nach wie vor bei privaten Institutionen, die organisatorisch und wirtschaftlich selbstständig sein sollen. Die Stadt will aber mit solchen Institutionen verstärkt zusammenarbeiten, um ein möglichst vielfältiges Angebot sicherzustellen und dieses insbesondere Eltern mit geringem Einkommen auch zugänglich zu machen.

Stadt zahlt einkommensabhängige Kostenbeiträge

Hat die Stadt bis vor Kurzem einzelne Institutionen mit Defizitgarantien unterstützt, ist sie nun bestrebt, mit den Anbietern von Betreuungsplätzen Leistungsvereinbarungen abzuschliessen. Auf dieser Basis leistet sie anschliessend einen bestimmten Beitrag pro Betreuungsstunde, die von einem Kind aus Rapperswil-Jona respektive dessen Eltern in Anspruch genommen wird. Nebst diesem sogenannten Sockelbeitrag übernimmt die Stadt ausserdem individuelle, einkommensabhängige Kostenbeiträge pro geleistete Betreuungsstunde für Kinder, die in Rapperswil-Jona zuhause sind und deren Eltern einen entsprechenden Antrag stellen. Die Tarifliste FEK setzt den Maximalbeitrag für das erste Kind einer Familie auf 6.50 Franken fest – bei einem steuerbaren Jahreseinkommen der Familie von bis zu 40'000 Franken. 2.20 Franken bezahlt die Stadt noch an eine Betreuungsstunde bei einem Einkommen zwischen 80'000 und 85'000 Franken, übersteigt das Einkommen der Familie 120'000 Franken, entfällt der Anspruch auf einen städtischen Beitrag. Für Geschwister, die in der gleichen Institution betreut werden, erhöht sich der Beitrag je nach Einkommensklasse um 10 bis 25 Prozent. Dank dieser fein abgestuften Tarife könnten vor allem wirtschaftlich schlechter gestellte Familien sowie alleinerziehende Eltern gezielt unter-

stützt werden, sagt Claudia Taverna. Die Tarife sind seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft, angewendet werden sie vorerhand für Kinder, die den Kinderhort Rapperswil-Jona oder die Kinderkrippe Spatzennest besuchen, da mit diesen die erforderlichen Leistungsvereinbarungen bereits abgeschlossen werden konnten.

Zusammenarbeit mit Tagesfamilien und Spielgruppen geplant

Nebst Hort und Krippen existieren in Rapperswil-Jona weitere Betreuungseinrichtungen wie zum Beispiel Tagesfamilien oder Spielgruppen. Für Tagesfamilien ist eine Bewilligung der Vormundschaftsbehörde erforderlich, zusammengeschlossen sind sie im Verein Tagesfamilien, mit dem die Stadt ebenfalls eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen vorsieht, um anschliessend individuelle Beiträge gemäss Tarifliste FEK entrichten zu können. Im Hinblick auf eine mögliche Zusammenarbeit mit den neun Spielgruppen in der Stadt stehen die Überlegungen laut Claudia Taverna noch ganz am Anfang. «Bei den Spielgruppen handelt es sich um sogenannte modulare Angebote, die primär die Frühförderung der Kinder unterstützen und für berufstätige Eltern keine Option sind.» Die Stadt anerkenne jedoch den wichtigen Beitrag, den die Spielgruppen zur frühen Integration und zur Sozialisation der Vorschulkinder leiste, und dass auch sie eine Entlastung für die Eltern bedeuteten, sei unbestritten.

Mit zwei neuen Interessenten im Gespräch

Wie Claudia Taverna betont, arbeitet die Stadt, was die finanzielle Unterstützung betrifft, ausschliesslich mit «gesinnungsneutralen» Institutionen zusammen. Leistungsvereinbarungen mit anderen Einrichtungen seien deshalb nicht möglich. Erfreulich findet die Fachdienstleiterin, dass momentan zwei Interessenten mit ihr in Kontakt stehen, die je eine zusätzliche Betreuungsinstitution ins Leben rufen möchten. Der Knackpunkt bestehe jedoch darin, eine geeignete Liegenschaft zu finden. Hier will die Stadt als Vermittlerin bei der Suche nach privaten Liegenschaften oder mit eigenen Liegenschaften Hand bieten. Weil die städtischen Liegenschaften jedoch gut bewirtschaftet sind, könnte eine solche Lösung höchstens mittelfristig angeboten werden.



Anlauf- und Informationsstelle für die Eltern

Der Fachdienst ist aber nicht nur für die Verhandlungen mit bestehenden und neuen Anbietern, das Abschliessen von Verträgen sowie das Controlling zuständig. Eine zentrale Aufgabe ist auch die Öffentlichkeitsarbeit. Momentan arbeitet Claudia Taverna zusammen mit Daniel Schweingruber, Leiter Pädagogik und Schulentwicklung, und Hansjörg Goldener, Informationsbeauftragter der Stadt, an einem mehrsprachigen Informationsblatt, das sich an die Eltern richtet und alle Angebote im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung aufzeigen soll. Dazu gehört auch das Angebot der Schulen, die mit Beginn des Schuljahrs 2008/09 flächendeckend Blockzeiten und einen betreuten Mittagslunch eingeführt haben und zurzeit Formen freiwilliger, kostenpflichtiger Betreuung zu den Randzeiten – an den Nachmittagen bis 18 Uhr – erproben. Die enge Zusammenarbeit mit der Abteilung Pädagogik und Schulentwicklung, die sich mit diesen Fragen befasst, ist für Claudia Taverna deshalb unerlässlich.

Das Informationsblatt für die Eltern soll bis Mitte Jahr vorliegen. Bereits heute waltet der Fachdienst jedoch als zentrale Anlaufstelle für Eltern auf der Suche nach einem Betreuungsplatz. Die Leiterin nimmt die Anfragen entgegen und berät die Eltern bei der Wahl der Betreuungsform, die am ehesten ihren Bedürfnissen entspricht. Sie vermittelt den Eltern die entsprechenden Adressen, wobei alle Anbieter – mit ausgewiesener Trägerschaft – berücksichtigt werden, auch jene, mit denen die Stadt keine formale Zusammenarbeit pflegt. Nicht zu den Aufgaben des Fachdienstes gehören hingegen die Anmeldung und die Zuteilung der Kinder in die verschiedenen Betreuungseinrichtungen.

In der Regel sind schnelle Lösungen gefragt

Um diese «Drehscheiben-Funktion» wahrnehmen zu können, ist es für den Fachdienst wichtig, ein Netzwerk aufzubauen, das sowohl den Austausch unter den Institutionen als auch den Austausch zwischen den Institutionen und dem Fachdienst gewährleistet. Mit regelmässigen Sitzungen, die etwa vierteljährlich geplant sind, soll dieser Austausch gepflegt werden.

Dass sich die aktuelle Wirtschaftskrise auch auf ihre Arbeit auswirken wird, hält Claudia Taverna für wahrscheinlich. «Für mich sind zwei Szenarien denkbar», erklärt sie, «zum einen, dass infolge der Krise mehr Mütter zuhause bleiben und daran interessiert sind, als Tagesmütter etwas dazu zu verdienen, zum anderen, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen noch stärker steigt, weil sich aus finanziellen Gründen beide Elternteile gezwungen sehen, einer Arbeit nachzugehen.» Doch auch ohne Krise bleibt für Claudia Taverna genug zu tun, denn wie sie als berufstätige Mutter aus eigener Erfahrung weiss: «Wenn Eltern einen Betreuungsplatz benötigen, ist in der Regel eine schnelle Lösung gefragt. Unser langfristiges Ziel ist es darum, mehr Flexibilität im Angebot zu erreichen.»

Text: Jacqueline Olivier

Der Anteil des Langsamverkehrs soll gesteigert und der lokale Individualverkehr reduziert werden – dies hat sich der Stadtrat auf die Fahne geschrieben. Nun liegen die Ergebnisse der Überprüfung und die Aktualisierung des ÖV-Konzepts 2005 vor. Vorgesehen sind weitere markante Verbesserungen. Bis 2012 sollen demnach 72 Prozent der Bevölkerung von einem Viertelstundentakt des Stadtbusses profitieren.

Das im Rahmen der Gesamtverkehrsoptimierung erarbeitete ÖV-Konzept 2005 zeigte einen erheblichen Bedarf hinsichtlich des ÖV-Angebots wie auch des Umsteigepotenzials auf. In der Folge wurden mit jedem Fahrplanwechsel der letzten Jahre Verbesserungen vorgenommen: Es wurden neue Linien eingeführt, schlankere Anschlüsse an die SBB realisiert, der Fahrplan verdichtet, grössere Fahrzeuge eingesetzt usw. Der Erfolg dieser Massnahmen blieb nicht aus. Seit 2005 konnten auf allen Linien Frequenzsteigerungen festgestellt werden, so dass heute auf der Südquartierlinie 52, auf der Lenggiserlinie 70 und auf der Hanfländerlinie sogar 94 Prozent mehr Fahrgäste verzeichnet werden. Die Ergebnisse der Überprüfung und Aktualisierung des Konzepts 2005 ergaben jedoch, dass noch weiteres Umsteigepotenzial besteht.

Nächster markanter Ausbauschritt im Dezember 2010

Mit dem Fahrplanwechsel von Dezember 2008 wurde auf der Hummelberglinie ein Versuchsbetrieb aufgenommen, wodurch sich zusammen mit dem Regionalbus zwischen der Erlen und dem Bahnhof Rapperswil ein Viertelstundentakt ergab. Weitere Angebotsverbesserungen entstanden auf der Südquartier-, der Hanfländer- und der Lenggiserlinie sowie beim Regionalbus bis Eschenbach. Auf diesen Linien wurden vor allem die Betriebszeiten am Abend ausgedehnt und neue Angebote am Sonntag geschaffen.

Der nächste grosse Ausbauschritt, die Umsetzungsstufe 3, ist für Dezember 2010 geplant. Anstelle der heutigen gesplitteten Südquartierlinie sollen dann zwei neue Linien den Betrieb aufnehmen, die eine auf der Route Rapperswil Süd – Südquartier – Schachenstrasse – Bahnhof Jona, die andere auf der Route Rapperswil Cityplatz – Südquartier – Feldli – Bahnhof Jona. Vorgesehen ist zudem ein verschobener Halbstundentakt, wodurch sich für das Gebiet zwischen der Geberit und dem Oberseeplatz ein Viertelstundentakt ergibt. Auf der Lenggiserlinie sollen die Äste Rapperswil – Balm und Jona – Balm getrennt werden; sodass zwei neue Linien entstehen: Bahnhof Rapperswil – Balm von Montag bis Samstag im Viertelstundentakt und Bahnhof Jona – Lenggis – Hombrechtiker-/Sonnenblickstrasse im Halbstundentakt. Am Sonntag bleiben diese beiden Linien wie bisher verbunden. Im Weiteren sind zurzeit Optimierungsmassnahmen auf der Linie Bahnhof Rapperswil – Rüti in Abklärung.

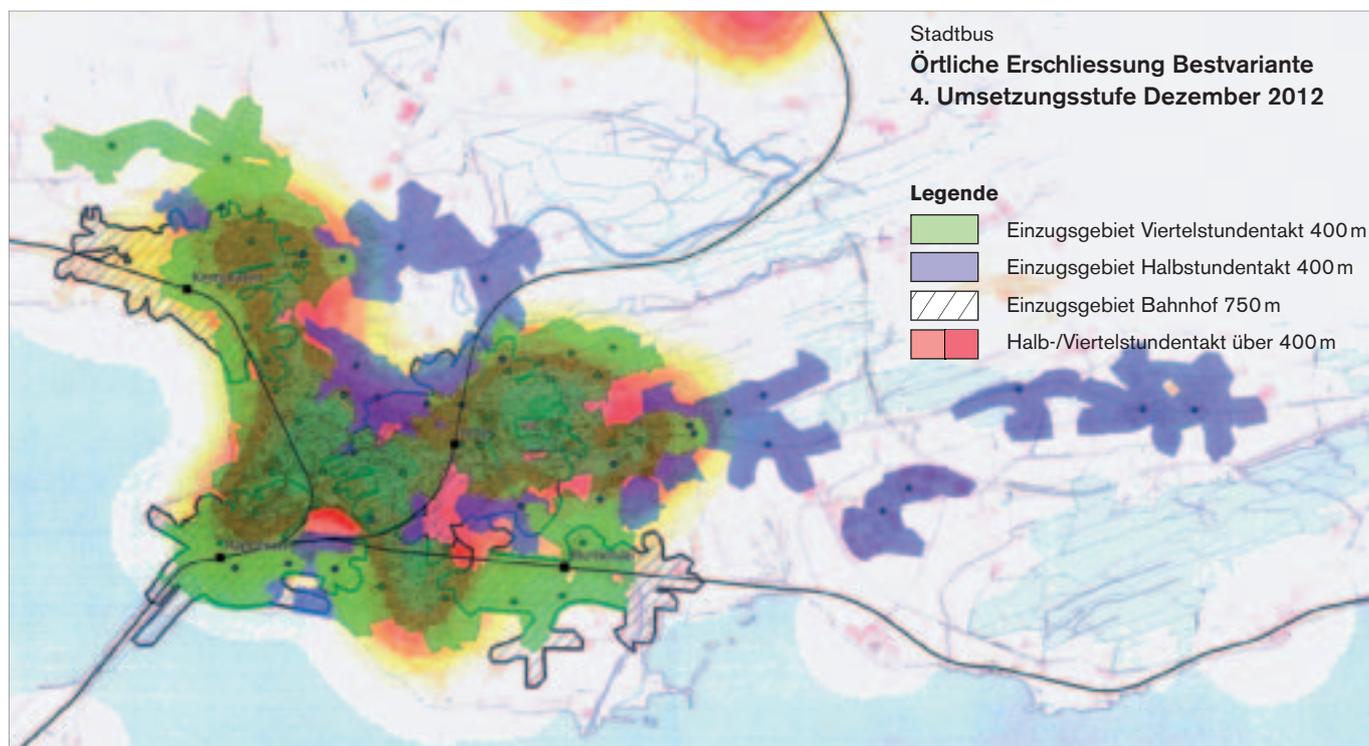
Dank dieser Massnahmen werden ab 2010 17'000 Einwohnerinnen und Einwohner oder rund 66 Prozent der Bevölkerung von Rapperswil-Jona von einem Viertelstundentakt mit Bus und schlanken Anschlüssen an die Bahn in Rapperswil oder Jona profitieren. Für weitere 5500 Einwohnerinnen und Einwohner ist ein Halbstundentakt vorgesehen. Aktuell geniessen erst 7500 Einwohnerinnen und Einwohner beziehungsweise 29 Prozent den Vorteil des Viertelstundentakts, während sich 14'500 beziehungsweise 56 Prozent auf den Halbstundentakt ausrichten.

Die vierte Umsetzungsstufe folgt 2012

Eine weitere Umsetzungsstufe der geplanten Optimierungen ist für 2012 vorgesehen. Ab diesem Zeitpunkt soll die Hanfländerlinie nicht mehr ins Quartier Tägernau/Rank, sondern zum Bahnhof Jona geführt werden. Dazu ist eine neue Linie Bahnhof Jona – Tägernaustrasse – Rankstrasse – Rainstrasse – Allmeindstrasse – Bahnhof Jona im Viertelstundentakt vorgesehen. Dann wird 72 Prozent der Bevölkerung ein ÖV-Angebot im Viertelstundentakt zur Verfügung stehen. Wie weit die Betriebszeiten verlängert werden, ist momentan noch offen.

Für 15 Prozent oder 3700 Personen gilt auch dann noch der Halbstundentakt. Dies betrifft hauptsächlich das Hanfländerquartier und das Gebiet Wagen, für das aber eine Verdichtung des LinthBus-Angebots auf den Viertelstundentakt während der Hauptverkehrszeiten in Prüfung ist. Das Dorf Bollingen wird gegenwärtig nur mit dem Schulbus erschlossen, mit dem auch Erwachsene mitfahren können. Aufgrund eines Vorstosses des Dorfvereins werden jedoch Alternativen geprüft.

Das Industriegebiet Buech wird gemäss den Grundsätzen der Ortsplanungsrevision weiterhin ein Industriegebiet bleiben, in dem keine publikumsintensive Gewerbegebiete wie Einkaufszentren oder dergleichen angesiedelt werden sollen. Die Erschliessung dieses Gebiets durch den öffentlichen Verkehr ist daher auf die spezifischen Industrie-Bedürfnisse auszurichten. Auf eine direkte Erschliessung via eine neu zu erstellende Strasse Wagen – Boland – Buech, wie sie im ÖV-Konzept 2005 enthalten war, wird aus Kostengründen sowie mangels genügenden Potenzials verzichtet; überdies würden solche Umwegfahrten die Linie Eschenbach – Bahnhof Jona für den allergrössten Teil der Kundschaft unattraktiv machen und die Anschlüsse am Bahnhof Jona gefährden.



Rund 4 Prozent oder 1100 Personen wohnen nicht im Einzugsgebiet von Stadt- und Regionalbus, sind aber weniger als 750 Meter vom nächsten Bahnhof entfernt. Dies betrifft hauptsächlich die Gebiete westlich des Bahnhofs Kempraten und südlich des Bahnhofs Jona. Für die übrigen 9 Prozent oder 2300 Personen ist der Weg bis zum nächsten Bahnhof länger als 750 Meter respektive bis zur nächsten Bushaltestelle länger als 400 Meter, wobei ein grosser Teil dieser Personen den öffentlichen Verkehr immer noch in zumutbarer Distanz erreichen kann.

Neue Haltestellen und Realisierung Bushof Jona

Für die Ausbaustufe von Dezember 2010 sind einige neue Haltestellen notwendig, auch beim Bahnhof Jona ist eine weitere Haltestelle mit Wendemöglichkeit zu schaffen. Die Umsetzungsstufe vom Dezember 2012 setzt weitere Massnahmen beim Bahnhof Jona voraus, das heisst, hier spielt die Realisierung des Bushofprojekts eine Rolle.

Die zusätzlichen Betriebskosten dürften sich in der Grössenordnung von einer Million Franken brutto bewegen. Allfällige Betriebsverlängerungen in den Abendstunden würden zusätzliche Kosten auslösen. Die Finanzierung erfolgt durch die Fahrgäste, den Kanton, den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) sowie die Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger von Rapperswil-Jona werden an einer nächsten Bürgerversammlung Gelegenheit haben, zum dritten Ausbauschritt von Dezember 2010 Stellung zu nehmen. Im Hinblick darauf wird auch geprüft, ob einzelne Linien versuchsweise betrieben werden sollen. Die Infrastrukturkosten für die Haltestellen dürften – abgesehen vom Bushof Jona – relativ gering sein. Offen sind noch die Kosten für busbeschleunigende Massnahmen auf den stark verkehrsbelasteten Strassen.

Text: Hans Wigger

Wo sich einst ein einfaches Fussballfeld befunden hatte, entstand im Grünfeld im Laufe der Jahrzehnte eine multifunktionale Sportanlage, die den wandelnden Bedürfnissen ihrer Benutzer stetig angepasst wurde und weiter angepasst werden muss: Konkret plant die Stadt zurzeit eine Sanierung der Leichtathletikanlage sowie eine Aufwertung des Fussballstadions nach Challenge-League-Vorgaben.

Im Amtsbericht über das Jahr 1987 orientierte der damalige Gemeinderat Jona, dass im Gebiet Grünfeld auf einem Landstück der Wasserversorgung Jona ein Fussballfeld errichtet und mit einer Beleuchtung versehen worden sei. Gleichzeitig wurde damals ein bescheidenes Umkleidegebäude erstellt. Der Gemeinderat führte wörtlich aus: «Wir sind uns bewusst, dass diese Aufwendungen für die Schaffung eines provisorischen Sportplatzes nur den Anfang eines grösseren Werks bedeuten.»

Tatsächlich hatte bereits ein im März 1975 verfasstes Gutachten die Erstellung und Konzentration von Sportanlagen im Gebiet Grünfeld/Blaubrunnen empfohlen. Damals schon wurde darauf hingewiesen, dass eine Zusammenfassung der grösseren Sportanlagen sowohl aus Gründen des geringeren Landverbrauchs als auch aufgrund finanzieller Überlegungen die beste Lösung darstelle. Diese Überlegung wurde mit der Sportstättenplanung 2001 einerseits bestätigt, andererseits aber auch präzisiert. Denn aufgrund der stark wachsenden Sport- und Freizeitbedürfnisse war es notwendig geworden, die Sportarten bestimmten Austragungsorten zuzuordnen: Im Grünfeld wurde der Schwerpunkt auf den Rasensport (Fussball, Leichtathletik, Faustball usw.) gelegt. Für den Wasser- und den Eissport wurde das Lido als sinnvoller Standort definiert.

Die Anlage wuchs mit der Bevölkerung

Die Sportanlagen im Grünfeld, die sich auf Land der politischen Gemeinde, der Ortsgemeinde und der Wasserversorgung befinden, wurden – zum Teil auf privater Basis – im Laufe der Jahrzehnte sukzessive ausgebaut: 1974 wurden ein zweites Fussballfeld sowie eine Faustballanlage erstellt. 1976 folgte die erste Bauetappe von Tennisplätzen, zwei Jahre später wurden ein Garderobengebäude und ein Parkplatz hinzugefügt. 1982 wurden die Tennisplätze erweitert, 1985 entstand die Tennishalle. Eine 400-Meter-Bahn sowie ein Mehrzweckgebäude und Nebenanlagen wurden 1986 realisiert. Nur ein Jahr später erhielt die Anlage eine Bocciahalle und 1988 zusätzlich einen Allwettertrainingsplatz zwischen der Sport und der Tennishalle. Auch in den Neunzigerjahren wuchs die Anlage um einige wichtige Elemente: So wurde 1992 die Sporthalle gebaut, 1993 wurden die Beachvolleyballfelder erstellt, die schon zwei Jahre darauf erweitert wurden.

Laut Stadtpräsident Benedikt Würth ging das Wachstum der Sportanlage Grünfeld einher mit dem starken Bevölkerungswachstum in Rapperswil-Jona und den sich verändernden Sport- und Freizeitbedürfnissen. «Den grössten Meilenstein in der Geschichte des Grünfelds bildete aber der Beschluss der

Bürgerinnen und Bürger von Rapperswil und Jona vom September 2002 hinsichtlich Erweiterung der Sportanlagen», sagt er rückblickend. An jenen wohl nicht nur für den Stadtpräsidenten «denkwürdigen» Bürgerversammlungen wurden weitere wichtige Entwicklungsschritte gutgeheissen: Mit dem Kredit von 13,6 Millionen Franken konnte ein neues grosszügiges Garderobengebäude mit Tribüne geschaffen werden. Weiter wurde für die Leichtathletik eine Tribünenüberdachung mit neuem Zeitnehmergebäude realisiert. Das Mehrzweckgebäude wurde für die Faustballer zweckmässig erweitert. Und schliesslich wurden neben dem neuen Hauptspielfeld ein Allwetterplatz sowie ein weiterer Fussballplatz eingerichtet. Die Parkplätze wurden zwischen Sporthalle und Tennishalle neu angeordnet. «Dieser bedeutende Entwicklungsschritt machte das Grünfeld zur weit über die Region hinaus beachteten, zeitgemässen Sportanlage», hält Benedikt Würth nicht ohne Stolz fest.

Verbesserte Trainingsmöglichkeiten

Die eindrückliche Geschichte des Grünfelds zeige, dass die Entwicklung einer Sportanlage ein sehr dynamischer Prozess sei und die Infrastruktur infolge veränderter Ausgangslagen immer wieder Anpassungen notwendig machten, fährt der Stadtpräsident fort. So hat die Bürgerversammlung der vereinigten Stadt Rapperswil-Jona am 13. Dezember 2007 einen weiteren Kredit von 950'000 Franken für einen Allwettertrainingsplatz gesprochen. Dieser wurde als Ersatz für den Platz Lido 2 erstellt, der im Zuge der Erweiterung des Kinderzoos aufgehoben werden musste. «Sowohl der Allwettertrainingsplatz wie der ordentliche Allwetterplatz bewähren sich in der Praxis ausserordentlich», erklärt Benedikt Würth. Vor allem in der Winterzeit hätten sich verbesserte Trainingsmöglichkeiten für die diversen Mannschaften ergeben. Und dank der intensiveren Nutzung könne überdies dem Grundsatz des haushälterischen Umgangs mit dem verfügbaren Boden optimal Rechnung getragen werden.

Nächster Schritt: Sanierung der Leichtathletikanlage

Stillstand ist aber auch weiterhin nicht angesagt. Die nächsten Entwicklungsschritte, die der Stadtrat derzeit plant, lassen sich grundsätzlich in drei Phasen gliedern: Phase 1 betrifft die Sanierung der 1986 erstellten Leichtathletikanlage. Sie sei zwischenzeitlich in die Jahre gekommen, wie Benedikt Würth feststellt, es bestehe deshalb der Bedarf einer dringenden Erneuerung und Sanierung. «Es entspricht der bewährten Praxis, dass dieser Erneuerungsschritt nach den heutigen Erkenntnissen

und dem neusten Stand der Technik vollzogen werden soll», betont der Stadtpräsident. «Die neue Leichtathletikanlage soll für die nächste Generation wieder optimale Trainingsbedingungen bieten.» Mit der Sanierung der Leichtathletikanlage werde ausserdem eine der letzten Massnahmen der Sportstättenplanung 2001 (neben der Sanierung der Badeanstalt Lido) realisiert.

Ein Challenge-League-taugliches Fussballstadion

Aufgrund der positiven sportlichen Entwicklung des Fussballclubs Rapperswil-Jona (FCRJ) hat der Stadtrat sodann beschlossen, im Rahmen von Phase 2 die Vorbereitungen für einen allfälligen Aufstieg des Fussballclubs in die nationale Challenge League zu treffen. «Die Vorgaben des Fussballverbands sind beachtlich, und aufgrund der veränderten Sicherheitsproblematik haben sich diese Vorgaben in der letzten Zeit zudem



ständig verändert», sagt Benedikt Würth. Wie er weiter ausführt, sollen mit diesem Entwicklungsschritt teilweise auch Massnahmen realisiert werden, die beim seinerzeitigen Ausbauprojekt Grünfeld aus finanziellen Gründen bewusst zurückgestellt worden seien, so unter anderem die Schaffung von Stehrampen oder die Realisierung von zwei Grossgarderoben. Die Massnahmen für einen Challenge-League-Betrieb würden zwar gesamthaft projektiert, aber nach Massgabe des konkreten Bedarfs in zwei Schritten umgesetzt, erklärt der Stadtpräsident. Für die erste Challenge-League-Saison bezeichnet er unter anderem folgende baulichen Massnahmen als zwingend: Eine Erhöhung des Zauns, einen separaten Spielerzugang zum Feld und die Nummerierung der Sitzplätze. Die Massnahmen für diese erste Challenge-League-Saison seien insgesamt überschaubar, meint Benedikt Würth, fügt aber sogleich hinzu: «Sollte sich der FCRJ in der zweithöchsten Spielklasse tatsächlich bewähren, müssten aber weitere Massnahmen getroffen werden.» Als Beispiele nennt er feste WC-Anlagen und eine Verpflegungsstation beim Gästesektor (Stehrampe West), Sitze auf der Haupttribüne, die Umwandlung einer Garderobe in einen Presserraum, die Schaffung von Stehrampen unter Anpassung des Belags und schliesslich die Realisierung von zwei Grossgarderoben durch den Zusammenschluss von mehreren bestehenden Garderoben im Garderobengebäude.

Mittelfristig ein weiteres Garderobengebäude?

Über diese zwei konkreten Projekte hinaus macht sich der Stadtrat im Zuge von Phase 3 weitere Gedanken, was mögliche zukünftige Anpassungen in der Sportanlage betrifft. Zum Beispiel müsse aufgrund der stark zunehmenden Trainingsbedürfnisse der Sportvereine mittelfristig auch überlegt werden, ob südöstlich der Leichtathletikanlage ein weiteres Garderobengebäude konzipiert werden müsste. Dieser Standort dränge sich auf, da die Beachvolleyballanlage mittelfristig ohnehin zu sanieren sei, meint der Stadtpräsident. «Die entsprechenden Bedürfnisse der Beachvolleyballer könnten mit diesem Gebäude ebenfalls in einem Zug abgedeckt werden. Aber auch die Bedürfnisse des betrieblichen Unterhalts könnten so wiederum sachgerecht befriedigt werden.» Die Schaffung eines weiteren Garderobengebäudes entspreche somit einer vorausschauenden Planung, lautet Benedikt Würths Schlussfolgerung.

Schlüsselinvestitionen – vor allem für die Jugend

«Die Investitionen der Stadt Rapperswil-Jona im Bereich Sport und Freizeit waren in den vergangenen Jahren erheblich», stellt der Stadtpräsident zusammenfassend fest. Es handle sich dabei aber um «Schlüsselinvestitionen für die Lebensqualität in Rapperswil-Jona». Viele Jugendliche hätten ihre Identifikation mit Rapperswil-Jona über den Sport gefunden. «Sie haben eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung erhalten und menschliche Werte wie Kameradschaft, Sportgeist, Solidarität, Leistungsbereitschaft im Club erfahren.» Diese gesellschaftlichen Werte könnten nie in Geld aufgewogen werden, gibt Benedikt Würth zu bedenken. Sie spielten aber für eine Gesellschaft eine zentrale Rolle. Entsprechend werde der Stadtrat die bewährte Politik weiterführen. Im Klartext bedeute dies, vorausschauend zu planen, den Einsatz finanzieller Mittel möglichst zu optimieren sowie zeit- und bedarfsgerecht Infrastrukturen bereitzustellen.

Vor diesem Hintergrund, meint der Stadtpräsident weiter, sei die anstehende Richt- und Zonenplanung auch eine Antwort auf die langfristigen Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Sport- und Freizeitanlage Grünfeld könnte nach der derzeitigen Planung im Südbereich weiterentwickelt werden. «Die Schaffung von planerischen Reserven ist angesichts der hohen Entwicklungsdynamik in diesem Bereich richtig und wichtig.» (red)

Stellung nehmen zum Regierungsprogramm

Der Stadtrat hat sein Regierungsprogramm für die Amtsdauer 2009–2012 für das Vernehmlassungsverfahren verabschiedet. Nach der Vorstellung im Stadttforum und der Information der Bevölkerung über die Medien besteht von Ende Mai bis zu den Sommerferien 2009 die Möglichkeit, zu den Zielsetzungen des Stadtrats Stellung zu nehmen.

Mehr Schulklassen ab Schuljahr 2009/10

Der Schulrat rechnet ab dem Schuljahr 2009/10 infolge der veränderten Schülerzahlen mit 2,5 zusätzlichen Klassen. Zusätzliche Angebote müssen für die Kindergärten, die Primarklassen und die Kleinklassen Oberstufe geschaffen werden. Eine Reduktion der Klassenzahl zeichnet sich bei den Sekundar- und Realklassen ab. Insgesamt wird für das kommende Schuljahr mit 2840 Kindern und 151 Klassen gerechnet.

Projekt Weihnachtsbeleuchtung wird fortgesetzt

Die im vergangenen Dezember als Pilot installierte neue Weihnachtsbeleuchtung in der Marktgasse wurde in den Rückmeldungen der Bevölkerung überwiegend positiv beurteilt. Der Stadtrat schliesst daraus, dass mit dem Pilotprojekt ein Weg aufgezeigt worden ist, wie die Altstadt in der Weihnachtszeit aufgewertet und die Plätze und Gassen verschönert werden können. Aufgrund der Akzeptanz soll das Projekt nun weitergeführt werden. Ein Knackpunkt bleibt allerdings die Finanzierung. An der Bürgerversammlung von Dezember 2008 wurde im Rahmen des Budgets darüber diskutiert. Ein Antrag, wonach die Stadt die Weihnachtsbeleuchtung allein finanzieren soll, wurde abgelehnt. Dies entspricht auch der Haltung des Stadtrats. Erfreulicherweise ist man inzwischen einer gemischten Finanzierung näher gekommen: Das Elektrizitätswerk Jona-Rapperswil AG hat einen Beitrag von 400'000 Franken zugesichert, und auch der Verkehrsverein (VVRJ) hat einen Beitrag in der Grössenordnung bis zu 40'000 Franken in Aussicht gestellt, je nach Erfolg des Seenachtfests. Die Ortsgemeinde ist ebenfalls bereit, sich an den Kosten mit bis zu 50'000 Franken zu beteiligen, sofern neben dem VVRJ auch das Gewerbe entsprechend mitmacht. Der Stadtrat hat mit den Vertretern des Gewerbes weitere Gespräche vorgesehen.

Aufgrund der nun zur Verfügung stehenden Mittel hat der Stadtrat beschlossen, in einer nächsten Etappe die Weihnachtsbeleuchtung auf dem Hauptplatz, dem Engelplatz und bei den Eingängen in die Altstadt zu installieren. Über die Weihnachtsbeleuchtung in weiteren Gassen kann erst entschieden werden, wenn Klarheit über die weiteren Beitragsleistungen herrscht.

Studie zur biologischen Zeckenbekämpfung

Die Hochschule für angewandte Wissenschaften Wädenswil hat von der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) des Bundes den Zuschlag für eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung einer neuen biologischen Zeckenbekämpfungsstrategie erhalten. Die Region Rapperswil-Jona gehört zu den verseuchten Gebieten, das heisst, bei Zeckenbissen besteht ein Erkrankungsrisiko. Wegen des hohen Erholungswerts und folglich der Bedeutung des Waldes für die Bevölkerung haben der Stadtrat und der Ortsverwaltungsrat beschlossen, dieses Projekt mit finanziellen Beiträgen beziehungsweise mit personellen Ressourcen zu unterstützen.

Eine kurzfristige Lösung des Zeckenproblems kann allerdings nicht erwartet werden. Die Untersuchungen laufen mehrere Jahre, und erst nach Abschluss und Auswertung der Versuche können Aussagen zur Wirksamkeit der eingesetzten biologischen Lockmittel gemacht werden.

Eingewanderte Problem-pflanzen bekämpfen

Neophyten nennt man gebietsfremde Pflanzen, die vor Jahren oder Jahrhunderten eingeführt und hier gepflanzt wurden. Einige wenige dieser Pflanzen breiten sich besonders schnell aus. Dazu gehören insbesondere Goldrute, Staudenknötrich, Drüsiges Springkraut und Riesenbärenklau. Besonders in Naturschutzgebieten sind sie ein Problem, weil sie seltene und geschützte Pflanzen verdrängen.

Bereits seit Anfang der Neunzigerjahre werden die problematischen Neophyten bekämpft. Neben verschiedenen Naturschutzvereinen ist seit dem Jahr 2000 auch das Werk- und Technologiezentrum im Auftrag der Stadt entsprechend tätig. Dank der frühen Problemerkennung konnte die Ausbreitung der Pflanzen in Rapperswil-Jona verhindert beziehungsweise verlangsamt werden. Eine völlige Ausrottung ist nicht möglich, hingegen ist eine konsequente Weiterführung der Bekämpfungsmassnahmen im Interesse einer vielfältigen Flora und Fauna insbesondere in den Naturschutzgebieten notwendig.

Texte: Hans Wigger

YACHTHAFEN  STAMPF



Öffentliche Anlässe

Donnerstag, 18. Juni 2009, 19.30 Uhr
Bürgerversammlung im Stadtsaal KREUZ

Mittwoch, 26. August 2009
Informationsveranstaltung Verkehrsentslastung

Sonntag, 27. September 2009
Eidgenössische Volksabstimmung

Sonntag, 29. November 2009
Eidgenössische Volksabstimmung

Donnerstag, 10. Dezember 2009, 19.30 Uhr
Bürgerversammlung im Stadtsaal KREUZ

Anlässe mit spezieller Einladung

Donnerstag, 4. Juni 2009, nachmittags
Ausflug der 75-Jährigen

Samstag, 5. September 2009, 09.00 Uhr
Begrüssung Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen

Donnerstag, 10. September 2009, 17.30 Uhr
Bauwirtschaftskonferenz

Sonntag, 13. September 2009, vormittags
Anlass für Jungbürgerinnen und Jungbürger

Mittwoch, 11. November 2009, 07.00 Uhr
Unternehmerfrühstück

Impressum

RJournal, das Magazin von Rapperswil-Jona, erscheint dreimal jährlich und wird an alle Haushaltungen in Rapperswil-Jona verteilt. Zusätzliche Exemplare sind auf Anfrage erhältlich.

Herausgeberin

Stadtverwaltung Rapperswil-Jona
St. Gallerstrasse 40, Postfach
8645 Jona

Redaktion (red)

Hans Wigger (wih), Jacqueline Olivier (jo)

Gestaltung

Coande. Communication and Design, Zürich

Druck

bruhin ag print&crossmedia, Freienbach

Fotonachweis

Titelseite, Seiten 1, 4, 6, 16, 21 und 23:

Katharina Wernli, Zürich

Seiten 8 und 9: Illustration Brigitte von Arx, Zürich

Seite 11: Grafiken Kessler Consulting, Zürich

Seite 12: Conradin Frei, Zürich

Seite 19: Grafik asa ag, Rapperswil

Die im RJournal veröffentlichten Texte und Fotos dürfen nur mit Zustimmung der Redaktion weiterverwendet werden.